Oktober 2026

WAHLMONITOR iep

Präsidentschaftswahl

Bulgarien

Dimitar Keranov

Kontinuität statt Neuanfang. Bulgarien vor der Präsidentschaftswahl

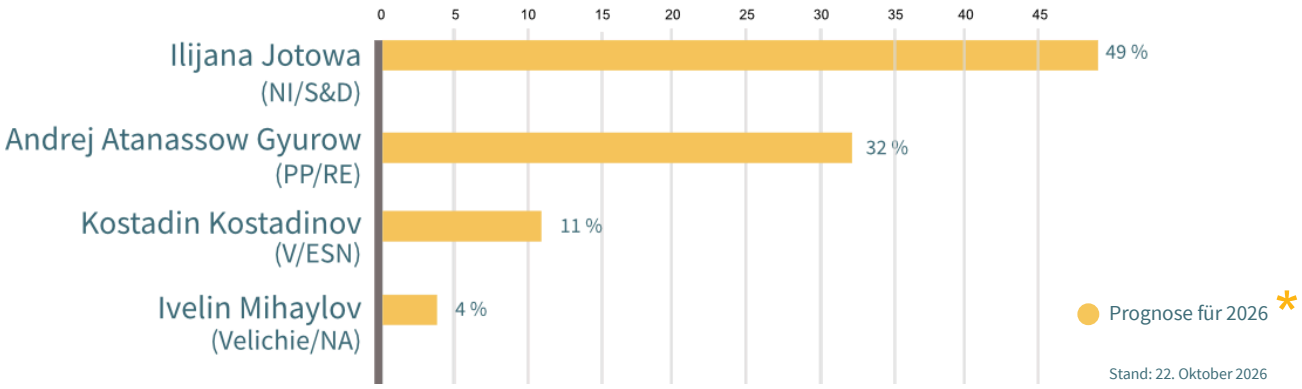
Themen und Stimmung im Land

Am 25. Oktober wählen die Bulgarinnen und Bulgaren ein neues Staatsoberhaupt. Es ist die erste Präsidentschaftswahl, seit Rumen Radev im Januar nach neun Jahren das Präsidentenamt aufgab, um mit seinem Bündnis „Progressives Bulgarien“ in die Parteipolitik zu wechseln. Im April gewann er die vorgezogene Parlamentswahl mit über 44 Prozent und regiert seit Mai mit absoluter Mehrheit. Seine langjährige Vizepräsidentin Iliana Iotova, die das Amt seither führt, kandidiert mit Unterstützung der Regierungspartei und der prorussischen Sozialistischen Partei (BSP), der direkten Nachfolgepartei der diktatorischen Kommunistischen Partei, für eine volle Amtszeit.

Formal verfügt der bulgarische Präsident über begrenzte, überwiegend repräsentative Befugnisse. Welches Gewicht das Amt dennoch haben kann, hat Radev selbst gezeigt: In den Jahren der politischen Krise 2021 bis 2024 prägte er über die von ihm ernannten Übergangsregierungen die Politik weit stärker, als es die Verfassung vorsieht.

Die Stimmung im Land ist von Ernüchterung geprägt. Radevs Aufstieg speiste sich aus den jüngsten Massenprotesten gegen Korruption, die im Dezember 2025 die Regierung zu Fall brachten. Viele Wählerinnen und Wähler erwarteten einen Bruch mit dem korrupten, klientilistischen System. Dieser Bruch ist ausgeblieben. Radev ist selbst ein Produkt dieses Umfelds, und seine Formation hat sich von der Logik der Patronage und Vereinnahmung nicht gelöst. Das Vertrauen in die Regierung sinkt seit dem Sommer, das Misstrauen hat es in Umfragen inzwischen eingeholt. Die zentrale Trennlinie des Wahlkampfs verläuft jedoch entlang der Haltung zu Russland. Iotova kritisierte Anfang September die Milliardenhilfen der EU für die Ukraine, die aus ihrer Sicht nur weitere Opfer fordern, lehnte eine Beteiligung Bulgariens an der Koalition der Willigen ab und forderte einen Dialog mit Moskau. Zugleich bekennt sie sich zu EU und NATO, verlangt aber, dass Bulgarien in beiden Bündnissen eigenständiger auftritt. Das entspricht der

Wer steht zur Wahl?



Linie Radevs: ein formales Bekenntnis zu den euroatlantischen Bündnissen, verbunden mit einer schrittweisen rhetorischen Verschiebung in Richtung Moskau und dem Austesten, wie weit diese gehen kann, was in der Rhetorik an Viktor Orbán erinnert, ohne dessen Blockadepolitik in vollem Umfang zu übernehmen. Wie heikel dieser Kurs ist, zeigte sich in der Nacht zum 6. Oktober, als Drohnen zwei Handelsschiffe in Bulgariens ausschließlicher Wirtschaftszone im Schwarzen Meer trafen. Radev räumte ein, dass der Angriff Russland nütze, lehnte es aber ab, Moskau ohne Beweise als Urheber zu benennen. Eine Woche später, am 13. Oktober, wiederholte sich der Angriff fast identisch: Erneut sank ein Schiff, ein zweites wurde beschädigt. Eine entschlossene Reaktion blieb aus.

Mögliche Wahlausgänge und ihre Folgen

Die jüngsten Umfragen von Market Links, Myara und Trend sehen Iotova mit 41 bis 48 Prozent klar vorn, etwa doppelt so stark wie Andrey Gyurov. Der frühere Vizegouverneur der Nationalbank, der im Frühjahr die Übergangsregierung führte, wird von den Reformparteien „Wir setzen den Wandel fort“ (PP) und „Demokratisches Bulgarien“ (DB) unterstützt. Abgeschlagen folgt der prorussische Nationalist Kostadin Kostadinov von „Wiedergeburt“ mit 6 bis 10 Prozent.

Eine Stichwahl Anfang November zeichnet sich ab. Dort dürfte Iotova zusätzlich Stimmen aus dem russlandfreundlichen Lager gewinnen, vor allem von Kostadinovs Wählerinnen und Wählern, die kaum für den proeuropäischen Gyurov stimmen dürften.

Ein Sieg Iotovas wäre keine Zäsur, sondern eine Bestätigung des Status quo. Sie ist kein neues Gesicht, sondern Teil der postkommunistischen Ordnung, die Radev prägt. Regierung, Parlamentsmehrheit und Präsidentschaft lägen in den Händen eines einzigen Lagers, und das Amt verlöre seine Funktion als Korrektiv. Dass Radev im August ankündigte, dem Präsidenten per Verfassungsänderung wieder die freie Wahl des Übergangspremiers zu ermöglichen, zeigt, welches Gewicht sein Lager dem Amt beimisst.

Ein Sieg Gyurovs wäre eine Überraschung. Er würde eine Kohabitation erzwingen und dem Amt seine Rolle als Gegengewicht zurückgeben. Dafür müsste das Reformlager in der Stichwahl vor allem jene jüngeren Wählerinnen und Wähler mobilisieren, die im Dezember 2025 auf die Straße gegangen sind, die inzwischen jedoch stark desillusioniert sind.

Europapolitische Auswirkungen

Am europapolitischen Kurs Bulgariens wird die Wahl wenig ändern, wohl aber an seinem Ton. Im Europäischen Rat sitzt der Ministerpräsident, nicht die Präsidentin, und Radev hat zugesagt, kein Veto gegen

EU-Entscheidungen zur Unterstützung der Ukraine einzulegen. Auch die Beitrittsverhandlungen mit Kyjiw unterstützt er, zumindest bislang. Bei Sanktionen gegen Russland setzt er das Veto jedoch bereits als Druckmittel ein: Im Juli strich die EU auf bulgarischen Druck Patriarch Kirill und den Lukoil-Gründer Vagit Alekperov aus dem Entwurf des 21. Sanktionspakets, bevor sie es verabschiedete. Zu erwarten sind eher selektive Blockaden als offene Konfrontation: Sofia wird seine formalen Verpflichtungen einhalten, sich rhetorisch von Kyjiw distanzieren und wenig Interesse an vertiefter rüstungsindustrieller Zusammenarbeit zeigen. Weitergehende Schritte wären riskant. Bulgarien ist seit Januar 2026 Mitglied der Eurozone, liegt an der NATO-Ostflanke und ist auf EU-Mittel angewiesen. Prorussische Vorstöße bleiben deshalb punktuell.

Der eigentliche Schaden liegt im Ansehen des Landes. Mit Iotova würden Staatsoberhaupt und Regierungschef gemeinsam für einen Dialog mit Moskau werben und sich weigern, Russland offen als hybride Bedrohung zu benennen und gegenzusteuern, während russische hybride Operationen Bulgarien unmittelbar und Deutschland mittelbar treffen. Nach Recherchen der FAZ gehören die beiden in München inhaftierten Bulgaren, die Anfang September Brandsätze nahe den Firmenzentralen von Rohde & Schwarz und Helsing geworfen haben sollen, zu einer mit dem russischen Militärgeheimdienst GRU verbundenen Gruppe. Russlands Einfluss reicht damit von der Rhetorik der Staatsspitze über die Verwässerung von EU-Sanktionen bis zu bulgarischen Staatsbürgern in russischen Sabotagenetzwerken. Er wirkt weniger über einzelne Politiker als über geschwächte Institutionen, die ihn kaum noch eindämmen. Ein Wahlsieg Iotovas würde in Brüssel und Berlin somit als Signal gelesen, dass sich Bulgariens Bild als nur nominell westlich orientierter Partner verfestigt. Für Deutschland und die EU folgt daraus, Bulgariens Verlässlichkeit weniger an Erklärungen als an der Qualität seiner Institutionen zu messen. In einem Frontstaat am Schwarzen Meer sind vereinnahmte Behörden, prorussische Rhetorik, politisierte Beschaffung und eine Justiz, die nicht ermittelt, keine innenpolitischen Fragen, sondern Sicherheitsrisiken für die gesamte Union.

Über die Autor

Dr. Dimitar Keranov ist bulgarisch-deutscher Politikwissenschaftler, Gründer des Bulgarischen Instituts für Internationale Politik (BIIP) in Varna und Visiting Fellow am German Marshall Fund of the United States.

Über den EU Wahlmonitor

Der EU-Wahlmonitor des IEP begleitet und beleuchtet die innereuropäischen Wahlen mit Factsheets, Hintergrundinformationen, Kurzinterviews und Wahlanalysen. Das IEP fördert damit die transnationale Debatte zu europapolitischen Themen.

Über das IEP

Das IEP ist seit 1959 als gemeinnütziger Verein im Bereich der europäischen Integration tätig. Es ist eines der führenden Forschungsinstitute für Außen- und Europapolitik in Deutschland. Das IEP arbeitet an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung. Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen sind die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten des IEP wider.

Editor

Daniel Hegedüs

Redaktion & Layout

Jakob Burger, Julia Winter

ISSN: 2941-0088

Dieser Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung - nicht kommerziell - keine Bearbeitungen 4.0 International.

Unterstützt durch

Auswärtiges Amt

iep

Institut für Europäische Politik e. V.
Bundesallee 23
10717 Berlin

info@iep-berlin.de
www.iep-berlin.de